

Unterliegen kriminalpolitische Entscheidungen in der Bundesrepublik Deutschland einem christlichen Fundamentalismus? Eine Dokumentenanalyse.

Stefanie Lörch, Mai 2023

Korrespondenz: [linkedin.com/in/stefanie-loerch](https://www.linkedin.com/in/stefanie-loerch)

Abstract

Findet religiöser Fundamentalismus Eingang in demokratische Institutionen, können religiöse Perspektiven die (Straf-)Gesetzgebung beeinflussen. Im Deutschen Bundestag haben christliche Positionen einen Machtvorteil. Das ist eine förderliche Voraussetzung für die tatsächliche, demokratisch legitimierte Macht christlich-fundamentalistischer Positionen. Das Ziel der Arbeit war vor diesem Hintergrund, zu untersuchen, ob christlicher Fundamentalismus im Rahmen kriminalpolitischer Entscheidungen de facto Einfluss nimmt.

Die Plenarprotokolle des Deutschen Bundestags über die gesetzliche Regelung des Schwangerschaftsabbruchs in der Bundesrepublik Deutschland aus dem Jahr 1992 wurden dafür qualitativ nach Mayring analysiert. Eine deduktiv-induktive Herangehensweise mit einer operationalisierbaren Begriffsdefinition auf Basis einer umfassenden Literaturrecherche war hierbei maßgeblich.

In den Debattenbeiträgen für zwei Gesetzesentwürfe (CDU/CSU-Fraktion und sog. „Werner-Gruppe“) wurden Merkmale von christlichem Fundamentalismus festgestellt: Die Redner:innen benannten selektiv negative Auswirkungen der Moderne und schrieben ausgewählten christlichen Glaubensinhalten (z. B. Positionen der katholischen Kirche) eine unzweifelhafte Autorität zu. Sie inszenierten sich kämpferisch als Vertreter:innen einer vermeintlich absoluten Wahrheit. Das Christentum, so wie es jeweils individuell interpretiert wurde, war politisch handlungsleitend. Die Abgeordneten nutzten ihre Macht, um ihre moralischen Vorstellungen in konkreten strafrechtlichen Regelungen durchzusetzen.

Die Analyse zeigt, dass diese absoluten Wahrheiten Kompromisse, den Zweck einer parlamentarischen Demokratie, unmöglich machen. Aufgrund der antimodernen Ausrichtung und der Anknüpfungspunkte, die sich im christlichen Fundamentalismus für rechte und rechtsextreme Ideologien bieten (z. B. Homophobie, Islamfeindlichkeit), stellt diese ideell beeinflusste (Kriminal-)Politik eine Bedrohung für den demokratischen Rechtsstaat dar.